

s.B.72.9.15.1. - FK/zu
p.B.15.21.Bu.

STRENG VERTRAULICH

Besuch des Ersten Vize-Aussenministers Bulgariens, Gero Grosew,
 in Bern am 23. März 1970

=====

A u f z e i c h n u n g
 der Besprechung vom 23. März 1970, 16.00 bis 19.00 Uhr

1. An der in französischer und bulgarischer Sprache geführten Besprechung, die zur Hauptsache dem Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz und daneben kurz auch bilateralen Fragen gewidmet war, beteiligten sich

auf bulgarischer Seite:

Gero GROSEW	Erster Vize-Aussenminister
Purwan TSCHERNEW	Botschafter, Chef des IV. Departements (West-Europa) des Aussenministeriums
Dimiter GREKOW	Botschafter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe, die sich mit der Europäischen Sicherheitskonferenz beschäftigt
Lubomir ANGELOW	Bulgarischer Botschafter in Bern
Uebersetzerin	

auf schweizerischer Seite:

Pierre MICHELI	Botschafter, Generalsekretär des EPD
Rudolf L. BINDSCHEDLER	Botschafter, Rechtsberater
Lucien B. GUILLAUME	Schweizerischer Botschafter in Sofia
Hans MIESCH	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
Albert L. NATURAL	Chef des Dienstes für Politische Studien und Dokumentation
Karl FRITSCHI	Politischer Dienst Ost (Aufzeichnung)



- 2 -

2. Nach der Begrüssung durch Herrn Micheli dankte Herr Grosew, der unmittelbar vor dieser Besprechung dem Departementsvorsteher einen Höflichkeitsbesuch abgestattet hatte, für den freundlichen Empfang. Er gab seinem Wunsche Ausdruck, dass diese erste bulgarisch-schweizerische Begegnung auf Regierungsebene im Interesse beider Länder der Beginn weiterer und regelmässiger Kontakte dieser Art sein möge, und lud den Generalsekretär zu einem Gegenbesuch in Sofia ein. Mit dem Hinweis, dass die Verwirklichung eines solchen Projekts erst für seinen Nachfolger frühestens im Laufe des nächsten Jahres in Frage komme, nahm Herr Micheli diese Einladung an und dankte Herrn Grosew auch für das Verständnis und das Entgegenkommen, das die bulgarischen Behörden gegenüber den diplomatischen Vertretern der Schweiz in Sofia zeigen.

Im gegenseitigen Einvernehmen wurden Fragen zuerst der vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitskonferenz und dann der schweizerisch-bulgarischen Beziehungen erörtert.

3. Es war vorauszusehen, dass der Standpunkt Bulgariens, den Herr Grosew in Sachen Europäische Sicherheitskonferenz darzustellen sich anschickte, nur unwesentlich, wenn überhaupt, von jenem der Sowjetunion abweichen würde. So bestätigte sich hier der Eindruck, den der bulgarische Gast schon in Paris, wo er sich vor seinem Berner Besuch aufhielt, gemäss einem Bericht unserer Botschaft auf einen hohen Beamten (X) des Quai d'Orsay gemacht hat: "Quant au Vice-ministre bulgare, il n'a fait que répéter à X le thème bien connu des Russes que X compare à un disque usé".

Tatsächlich zeigte Herr Grosew nach seinem Monolog über das vorgeschlagene gesamteuropäische Treffen während der folgenden Diskussion wenig Neigung für die Beantwortung von konkreten Fragen. In den meisten Fällen beschränkte er sich darauf, zu einzelnen Punkten seine vorausgegangenen Ausführungen zu wiederholen oder gar lediglich die Tatsache hervorzuheben, dass er darüber seine Ansicht bereits dargelegt habe.

- 3 -

Herr Grosews Taktik bestand darin,

- die beiden Prager Traktandenvorschläge als die zurzeit zwei allein r e a l i s t i s c h e n Verhandlungspunkte einer Europäischen Sicherheitskonferenz anzupreisen und eine Erweiterung der Tagesordnung - etwa im Bereiche der Abrüstung - dementsprechend als unrealistisch abzutun;
- für westliche Vorschläge die Bedingung zu stellen, dass sie von a l l e n interessierten Staaten angenommen werden müssten, und dabei zu unterstellen, dies sei für die Prager Anträge bereits der Fall;
- die sowjetischen Thesen zu vertreten, jedoch konkreten Fragen - z.B. über die Organisationsform der vorgeschlagenen west-östlichen Zusammenarbeit und über eine mögliche Institutionalisierung der Konferenz - damit auszuweichen, Sofia habe darüber keine präzisen Vorstellungen;
- über delikate Probleme wie etwa über die Oeffnung der Grenzen und die Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen die g l e i c h e Meinung seiner schweizerischen Gesprächspartner zu teilen, nicht ohne jedoch diese Zustimmung gleichzeitig zu interpretieren und mit bekannten östlichen Vorbehalten z.B. betreffend die Nichteinmischung in die innern Angelegenheiten jedes einzelnen Staates wieder abzugrenzen und vorsichtig zu relativieren;
- die Haltung der NATO-Länder im allgemeinen und der Vereinigten Staaten im besondern zu verunglimpfen, demgegenüber die wichtige Rolle der Neutralen einerseits und der Kleinstaaten wie der Schweiz und Bulgariens andererseits für die Verwirklichung des östlichen Konferenzprojekts hervorzuheben und damit eine west-östliche Interessengemeinschaft zu konstruieren.

Angesichts dieser Haltung des bulgarischen Besuchers, die nicht zuletzt aufgrund eines Berichts unserer Botschaft in Sofia keine Ueberraschung bot, drängte sich schweizerischerseits Zurückhaltung auf.

4. Die Haltung Bulgariens umschrieb Herr Grosew wie folgt:

Es ist unnötig, die Notwendigkeit des Zustandekommens der vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz und deren Bedeutung für Europa zu unterstreichen. Auch wenn die sozialistischen Länder hierfür die Initiative ergriffen, sind nicht sie allein, sondern alle europäischen Länder daran interessiert. Die Warschauer Pakt-Staaten befürworten dieses Treffen nicht aus Angst vor diesem oder jenem Land oder vor einer bestimmten Staatengruppe, sondern deshalb, weil eine solche Konferenz im vitalen Interesse Europas liegt.

Die Lage in Europa ist heute tatsächlich kritisch. Es stehen sich gegenüber die NATO und der Warschauer Pakt; hinzu kommt die Gruppe der Neutralen. Auf unserem Kontinent befindet sich der grösste Stock gefährlichster Waffen. Die Geschichte lehrt, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung in Europa unweigerlich in einen Weltkonflikt ausarten würde; ein Weltkonflikt wäre zwangsläufig ein Nuklearkrieg mit allen seinen Konsequenzen.

Für ein gesamteuropäisches Treffen ist gegenwärtig der Zeitpunkt günstig. Der Moment ist gekommen, um von allgemeinen Reden zu konkreten Taten zu schreiten. Die Konferenz soll nicht Ende einer Entwicklung, sondern deren Anfang sein. Nach bulgarischer Auffassung würden nach einer ersten Konferenz noch weitere Treffen dieser Art stattfinden; zu diesem Zweck müsste eine ständige Spezialorganisation geschaffen werden.

Somit müssten an der ersten Konferenz keineswegs alle Fragen entschieden werden, sondern zunächst jene, über die ein allgemeines Einverständnis herrscht und die demzufolge auch gelöst werden können. Die Prager Traktandenvorschläge sind solche realistischen Verhandlungspunkte; sie sind wohl nicht die beiden einzigen der möglichen Vorschläge, aber sicher die zwei wichtigsten, über die eine Einigung aller künftigen Konferenzteilnehmer erzielt werden kann.

Das in der UNO-Charta verankerte Prinzip des Gewaltverzichts muss auch im europäischen Rahmen regional anerkannt werden. Seine regionale Bestätigung drängt sich auf, damit sich sämtliche europäischen Staaten ohne Ausnahme dafür verpflichten. Dies würde zudem für die Lösung weiterer Probleme des Friedens und der Sicherheit in Europa ein günstiges Klima schaffen.

Ebenso wichtig für ein besseres Klima zwischen den Ländern und für eine Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen ist die Verwirklichung des Prager Zusammenarbeitsvorschlags, die auch dafür Gewähr bieten würde, das Lebensniveau der europäischen Völker zu heben.

Diese beiden Verhandlungspunkte sind keineswegs einseitig auf den Vorteil ausschliesslich der osteuropäischen Länder abgestimmt; sie sind vielmehr das Resultat von Diskussionen, die mit vielen Ländern vorausgegangen sind. Bulgarien ist nicht der Ansicht, dass die Tagesordnung keine Erweiterung erlaubt; ergänzende Vorschläge, die für alle Länder akzeptabel wären, sind willkommen. So könnten im Rahmen der Diskussion über die west-östliche Zusammenarbeit auch die kulturellen Beziehungen und etwa noch die Kooperation auf den Gebieten der Ozeanographie und der Umweltsprobleme erörtert werden. Leider sind aber auf die Prager Vorschläge noch keine offiziellen Antworten eingetroffen. In Paris wurden uns konkrete Vorschläge angekündigt. Bulgarien gibt dem Wunsche Ausdruck, dass auch die Schweiz Propositionen machen wird.

Die Aufnahme der Deutschen Frage und von Abrüstungsproblemen auf die Traktandenliste ist für Sofia im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht annehmbar. Dies keineswegs deswegen, weil Bulgarien gegen eine Lösung dieser Fragen wäre, sondern allein aus dem einfachen Grunde, dass es nicht realistisch ist, diese Probleme an einer ersten Sicherheitskonferenz regeln zu wollen.

Für die Deutsche Frage gilt es nämlich zunächst die Viermächte-Verantwortung zu berücksichtigen. Hinzu kommt der wichtige Aspekt

- 6 -

der Anerkennung zweier deutscher Staaten; eine Wiedervereinigung ist weder auf der Basis der BRD noch auf jener der DDR möglich. An der vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz die Deutsche Frage lösen zu wollen, würde, wie schon mit Recht erklärt wurde, bedeuten, darauf zu warten, "bis aus Holzschuhen Blumen spriessen", d.h. diese Konferenz käme niemals zustande.

Für die Erörterung von Abrüstungsfragen ist die Zeit ebenfalls nicht reif, weil bei diesem schwierigen Problemkomplex zurzeit unlösbare Fragen wie jene der Beschränkung der Nuklearwaffen sowie jene der Kontrolle zur Debatte stehen und weil ihre Regelung Verhandlungen von Block zu Block verlangen würde. Gerade aber diese Art von Verhandlungen befürworten gewisse Kreise innerhalb der NATO; dies muss jedoch vermieden werden, weil sich an einer Sicherheitskonferenz alle Länder, so z.B. auch die Neutralen beteiligen sollen. Teilnehmen müssen ebenfalls Staaten wie Spanien und Portugal, mit denen Bulgarien keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Es ist zudem eine Selbstverständlichkeit, dass sowohl die Bundesrepublik wie die DDR in jeder Hinsicht gleichberechtigte Konferenzteilnehmer sein müssen.

Es dürfen für die Abhaltung der Konferenz keine Vorbedingungen gestellt werden. Dies tun jedoch gewisse Länder, indem sie die Verwirklichung des Konferenzprojekts vom Verlauf oder gar vom Resultat der bilateralen Kontakte Bonns mit Pankow, Warschau und Moskau sowie vom Ergebnis der Berlin-Gespräche der vier Schutzmächte abhängig zu machen gedenken. Sofia ist nicht gegen eine Lösung dieser Fragen; diese Lösung sollte aber nicht vor Einberufung einer Sicherheitskonferenz abgewartet werden.

Eine sorgfältige Vorbereitung der Konferenz ist auch ein Anliegen der bulgarischen Regierung; diese Vorbereitung darf aber die Konferenz nicht immer wieder hinausschieben. Man muss das Eisen schmieden, solange es heiss ist: jetzt ist der Moment günstig. Die befürworteten bilateralen Kontakte haben stattgefunden und können auch noch kurze Zeit weitergeführt werden. Die Probleme sind jedoch

klar. Es kann sofort die Konferenz einberufen werden, ohne dass man - wie von gewisser Seite vorgeschlagen wurde - vorher eine Vorkonferenz abhält.

Bulgarien und die Schweiz sind Kleinstaaten, beide können jedoch zugunsten der Konferenz nützliche Initiativen ergreifen. Namentlich die Schweiz, deren dauernde Neutralität Ansehen genießt, vermag eine grosse Rolle im Interesse dieser Konferenz zu spielen.

5. Ausser Wiederholungen seiner Ausführungen ("Wir sehen die Dinge so, wie ich sie dargestellt habe.") gab Herr Grosew auf Fragen und Bemerkungen von schweizerischer Seite folgende ergänzende Auskünfte:

Gewaltverzicht

- Welches ist der Sinn einer blossen Bestätigung und Wiederholung dieses Prinzips der UNO-Charta im europäischen Rahmen? (Herr Micheli)
- Die politische Bedeutung einer solchen Wiederholung leuchtet nicht ohne weiteres ein. Das Prinzip des Gewaltverzichts gilt im allgemeinen Völkerrecht als Gewohnheitsrecht und verpflichtet somit auch die Nicht-Mitglieder der UNO. Seine Bestätigung in Europa hätte nur dann einen Sinn, wenn es dabei konkretisiert würde. Welche Form (Erklärung, Vertrag) müsste dieser Gewaltverzicht annehmen? (Herr Bindschedler)

Antwort: Die politische Bedeutung einer europäischen Bestätigung dieses Grundsatzes liegt in einer grundsätzlichen Verbesserung des politischen Klimas in den europäischen Ost-West-Beziehungen. Schon allein die Tatsache, dass die europäischen Staaten zusammenkommen und den Prager Entwurf akzeptieren würden, wäre eine wichtige Tatsache.

Es handelt sich bei diesem Prager Entwurf - wie Herr Grekow mit einer Zwischenbemerkung zu erläutern versuchte - keineswegs um eine blosser Wiederholung eines Prinzips der UNO-Charta; dieses Dokument beinhaltet auch die Anerkennung der Integrität aller europäischen

- 8 -

Staaten in ihren bestehenden Grenzen und enthält in seinem letzten Abschnitt den Vorbehalt, dass die von den Unterzeichner-Staaten im Rahmen von gültigen bilateralen und multilateralen Verträgen eingegangenen Verpflichtungen nicht berührt werden.

Es wäre - nahm Herr Grosew den Faden wieder auf - ohne Zweifel besser, wenn der Prager Entwurf in die Form nicht bloss einer Erklärung, sondern eines alle Unterzeichner-Staaten gleichermassen verpflichtenden Vertrags gekleidet werden könnte. Dies ist jedoch ein Entscheid, den alle künftigen Konferenzteilnehmer zu treffen haben. Wenn sie sich für eine Erklärung nach Prager Muster entscheiden, ist dies schon ein wesentlicher Fortschritt.

Abrüstung

- Wieso ist es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realistisch, an der vorgeschlagenen Konferenz auch Abrüstungsfragen erörtern und lösen zu versuchen? (Herr Micheli)

Antwort: Die sozialistischen Staaten unterbreiteten in der Vergangenheit wiederholt Vorschläge auf diesem Gebiet. Die NATO-Mitglieder zeigten jedoch daran kein echtes Interesse. Wäre das Gegenteil der Fall, so fände sich auch der Warschauer Pakt zu solchen Massnahmen bereit.

Zusammenarbeit

- Für die w i r t s c h a f t l i c h e Zusammenarbeit gibt es im Grunde genommen schon ein Gremium, nämlich die Europäische Wirtschaftskommission der UNO. Besteht nicht die Gefahr einer Doppelspurigkeit, wenn jetzt noch ein neues Organ geschaffen würde? (Herr Micheli)

Antwort: Die Europäische Wirtschaftskommission, in der Bulgarien vertreten ist, könnte nach bulgarischer Auffassung für die Behandlung bestimmter Fragen sicher noch entwickelt werden. Dieses Gremium ist jedoch nicht in der Lage, alle Fragen zu lösen, und es hat zudem keinen gesamteuropäischen Charakter.

- Welche Form müsste bei der gegenwärtigen Vielfalt der Organisationen die west-östliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete annehmen? (Herr Miesch)

Antwort: Dies ist angesichts der vielen Organisationen und des Unterschieds der Wirtschaftssysteme ein sehr kompliziertes Problem. Bulgarien begegnet im Westen vielen Hindernissen unterschiedlicher Natur, die seinen Handel erschweren. Wir haben keine Illusionen darüber, dass uns Geschenke gemacht werden: Handel muss auf gegenseitigem Nutzen beruhen.

Die bulgarische Regierung hat keine präzisen Vorstellungen in bezug auf die Organisationsform einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit; es ist dies eine Frage, die unter allen ihren Aspekten von sämtlichen Ländern diskutiert werden muss. Zunächst geht es auch in erster Linie darum, die Prinzipien einer solchen Zusammenarbeit aufzustellen und die bestehenden Hindernisse zu beseitigen. Die Organisationsform kann später erörtert werden.

- Die Zusammenarbeit auf k u l t u r e l l e m Gebiete würde dazu beitragen, die Grenzen zu öffnen und die menschlichen Kontakte zwischen den Völkern in Ost und West zu intensivieren. Besteht Aussicht, dass an der vorgeschlagenen Konferenz zugunsten kultureller Beziehungen Beschlüsse gefasst werden? (Herr Bindschedler)

Antwort: Wir sind der Meinung, dass die kulturellen Kontakte zu besserem gegenseitigem Verständnis und zu einer Annäherung der Völker einen wichtigen Beitrag leisten können. Dies muss jedoch ohne jede Einmischung in die innern Angelegenheiten der beteiligten Staaten geschehen.

- Der Oeffnung der Grenzen und der Intensivierung der kulturellen Kontakte steht auf unserer Seite nichts entgegen. Die Schwierigkeiten dürften wohl namentlich im Unterschied der Systeme liegen, den auch eine Deklaration an einer Europäischen Sicherheitskonferenz nicht beseitigen dürfte. Ist es nicht angezeigt, zunächst auf bilateralem Wege eine befriedigende Lösung zu suchen? (Herr Micheli)

- 10 -

Antwort: Wir unterschätzen nicht die Bedeutung der bilateralen Kontakte gerade auf diesem Gebiet. Bulgarien ist für den freien kulturellen Austausch. Dies ist ein Grund, wieso die bulgarische Regierung die Visumpflicht abschaffen wird, wenn die Schweiz hiezu ebenfalls bereit ist.

Deutsche Frage

- Die Deutsche Frage steht im Mittelpunkt der Friedens- und Sicherheitsprobleme Europas. Ist es nicht angezeigt, vor einem gesamt-europäischen Treffen die Ergebnisse der bilateralen Gespräche Bonns mit Pankow, Warschau und Moskau abzuwarten? (Herr Micheli)

Antwort: Nach bulgarischer Auffassung sollten die Ergebnisse dieser Gespräche nicht abgewartet werden. Das Gegenteil würde bedeuten, dass wir die Abhaltung der Konferenz nur unter dieser Vorbedingung akzeptierten. Sofia wünscht einen erfolgreichen Abschluss dieser bilateralen Kontakte, vertritt jedoch die Meinung, dass diese Gespräche parallel zur Sicherheitskonferenz weitergepflegt werden können. Ergibt sich ein Erfolg der Bonner Ostkontakte: umso besser; zeitigt sich aber kein Erfolg, so darf diese Tatsache kein Hindernis für die Konferenz darstellen.

- Pankows Beteiligung an der Konferenz würde keine Anerkennung der DDR bedeuten. Wie verhält sich Sofia zu dieser Frage? (Herr Micheli)

Antwort: Die Anerkennung der DDR ist Sache eines jeden einzelnen Staates; sie ist damit keine Vorbedingung für die Einberufung der Konferenz. Dies hindert nicht die Einsicht, dass die Anerkennung dieses Staates ein für die Konferenz sehr günstiges Klima schaffen würde. Ohne Zweifel wird die DDR eines Tages von der Mehrzahl der Staaten anerkannt werden, weil dies normal ist.

Nichteinmischung

- Das Prinzip der Nichteinmischung ist in der UNO-Charta verankert und wurde auch in das Prager Dokument über den Gewaltverzicht

aufgenommen. Wie sind Nichteinmischung und Breschnew-Doktrin miteinander vereinbar? (Herr Micheli)

Antwort: Das Prinzip der Nichteinmischung hat seine Gültigkeit für alle Staaten. Die Breschnew-Doktrin ist eine Erfindung des Westens.

Institutionalisierung der Konferenz

- Nach bulgarischer Auffassung sollen an einer ersten Konferenz Fragen behandelt werden, deren Lösung die Behandlung weiterer Probleme an späteren Konferenzen ermöglicht. Soll eine ständige Konferenz-Organisation geschaffen werden und in welcher Form: Sekretariat oder Regionalabkommen nach Kapitel VIII der UNO-Charta? (Herr Micheli)
- Welche Kompetenzen und Funktionen müssten einer solchen Einrichtung übertragen werden? (Herr Bindschedler)

Antwort: Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht leicht. Nach den einen Vorschlägen sollen alle Staaten, nach andern Vorstellungen soll bloss eine Auswahl von Ländern in einer solchen ständigen Einrichtung vertreten sein. Diese und damit zusammenhängende Fragen werden erst an der Konferenz selbst von allen Teilnehmern entschieden werden können. Sofia hat darüber keine präzisen Ansichten, ist jedoch der Auffassung, dass ein solches Gremium geschaffen werden sollte. Dieses Organ sollte wohl lediglich die künftigen Konferenzen vorbereiten, nicht aber mit der Lösung von Problemen beauftragt werden.

Vorbereitung der Konferenz

- Die bilateralen Kontakte, die für die gute Vorbereitung der Konferenz in Ost und West befürwortet werden, haben noch nicht alle Fragen gelöst und werden deshalb mit Vorteil fortgeführt. Die Zeit für die Einleitung der eigentlichen Konferenzphase scheint noch nicht gekommen. Mit einer sorgfältigen Vorbereitung muss vermieden werden, dass die Konferenz lediglich zu einem Forum der Propaganda und der Polemik wird. (Herr Micheli)

- 12 -

Antwort: Auch Bulgarien sieht keinen Vorteil in einer Konferenz, die lediglich der Propaganda und der Polemik dienen würde. Hingegen ist Sofia der Ueberzeugung, dass jetzt die Konferenz einberufen werden müsste.

6. Herr Grosew seinerseits stellt seinen Gesprächspartnern folgende Fragen, die Herr Micheli beantwortet:

- Welches ist die Haltung der Schweiz gegenüber der Tagesordnung im allgemeinen und gegenüber den Prager Vorschlägen im besondern?

Antwort: Es wurde hier eine Arbeitsgruppe gebildet, welche sämtliche mit dem Konferenzprojekt zusammenhängenden Fragen unter allen ihren Aspekten und in Berücksichtigung der ständigen Entwicklung der Dinge prüft. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

Im Vergleich zum Budapester Appell wurde die Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz in Prag gekürzt. Verschiedene Länder treten für eine Erweiterung der vorgeschlagenen Traktandenliste ein.

Die Schweiz bedroht die Sicherheit Europas nicht, und ihr Neutralitätsstatut auferlegt ihr eine gewisse Zurückhaltung: verschiedene Probleme wie Fragen der Abrüstung und der Grenzen können deshalb nicht Thema von schweizerischen Stellungnahmen oder Vorschlägen sein. Wir sind aber bereit für die Diskussion von Fragen, welche die Zukunft Europas betreffen.

- Welches ist die Haltung der Schweiz gegenüber dem rumänischen Vorschlag einer Vorkonferenz?

Antwort: Wir haben den Rumänen geantwortet, dass wir die Zeit für eine Vorkonferenz für noch nicht reif halten. Wir schliessen die Möglichkeit einer solchen Vorbereitung der eigentlichen Konferenz jedoch nicht im vorneherein aus.

- Zu welchem Zeitpunkt erachtet die Schweiz die Abhaltung der Konferenz als möglich?

Antwort: Die bilateralen Ostkontakte der Bundesrepublik und die Berlin-Gespräche der vier Schutzmächte haben - auch wenn man in ihrem Verlauf keine Vorbedingung für die Einberufung der Konferenz sieht - einen gewissen Einfluss auf die Verwirklichung des Konferenzprojekts. Abgewartet werden müssen auch die Traktandenvorschläge, welche die NATO noch zu unterbreiten gedenkt. Die Entwicklung scheint noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, dass man mit der Konferenz noch in diesem Jahre rechnen könnte.

- Welches ist die Haltung der Vereinigten Staaten?

Antwort: Die Schweiz vertritt die Meinung, dass die Vereinigten Staaten und Kanada an der Konferenz teilnehmen sollten. Die Schweiz ist nicht Mitglied der NATO; sie ist nicht im Besitze besonderer Informationen über Washingtons Haltung.

Herr Grosew: Bulgarien ist nicht neutral und erlaubt sich deshalb die Bemerkung, dass die Vereinigten Staaten alles unternehmen, um die Konferenz zu verhindern.

7. Zu den bilateralen Beziehungen äusserte sich Herr Grosew wie folgt:

- a) Es sollten Mittel und Wege gefunden werden, um die Handelsbilanz auszugleichen. Auf bulgarischer Seite ergibt sich ein grosses Passivum, das im Verhältnis 1 : 2 steht. Die Schweiz sollte die Käufe in Bulgarien erhöhen, dann könnte auch Bulgarien mehr schweizerische Erzeugnisse kaufen. Wir verstehen dabei allerdings, dass Sie auf Ihre Firmen keinen Einfluss ausüben können.
- b) Die industrielle Zusammenarbeit sollte im Interesse beider Länder gefördert werden.
- c) Der Tourismus sollte entwickelt werden, weil er die gegenseitige Annäherung der beiden Völker ermöglichen und auch dazu beitragen würde, das Problem der Handelsbilanz zu lösen.

- d) Zur Erleichterung der gegenseitigen Kontakte auf allen Gebieten schlägt Sofia die Abschaffung der Visumpflicht vor. Bulgarien ist bereit, wie mit andern Staaten auch mit der Schweiz eine Konsularkonvention abzuschliessen.

Herr Micheli: Für die Entwicklung des gegenseitigen Handels und Tourismus bestehen schweizerischerseits keine Hindernisse. Der schweizerische Markt ist offen, die Konkurrenz entscheidet. Die Schwierigkeiten ergeben sich wohl wegen des Unterschieds der beiden Wirtschaftssysteme. Auf jeden Fall ist es nicht die Schweiz, die den Handelsverkehr dirigiert. Es dürfte sich wohl in erster Linie um ein Problem handeln, das die bulgarischen Handelsorganisationen zu lösen haben. Auch in der industriellen Zusammenarbeit herrscht schweizerischerseits völlige Freiheit.

Diese Fragen können im übrigen am heutigen Abendessen diskutiert werden, an dem ein hoher Beamter der Handelsabteilung teilnehmen wird.

Der Visumzwang stellt kein Hindernis für die Entwicklung des Tourismus dar. Das bulgarische Begehren wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bindschedler zum bulgarischen Wunsche nach Abschluss einer bilateralen Konsularkonvention: Die Schweiz hat das Wiener Uebereinkommen über konsularische Beziehungen ratifiziert, in der viele Probleme eine Lösung gefunden haben. Die Schweiz hat deshalb kein besonderes Bedürfnis, zusätzliche bilaterale Vereinbarungen zu treffen. Entsprechende Abmachungen sind in früheren Niederlassungs- und Freundschaftsverträgen und in jüngerer Zeit in bestimmten Einzelfällen getroffen worden.

Die Schweiz ist grundsätzlich bereit, bulgarische Vorschläge für die Lösung bestimmter Einzelprobleme, die in der erwähnten Wiener Konvention keine Berücksichtigung fanden, zur Prüfung entgegenzunehmen.
